BUND-Studie

Aus für Bürgerenergie?

[08.04.2014] Laut einer aktuellen Studie gefährdet die geplante EEG-Novelle das Engagement der Bürger beim Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen.

Die Beteiligung der Bürger an der Umsetzung der Energiewende könnte durch die geplante Reform des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) ein jähes Ende finden. Das ergab eine Studie der Leuphana Universität Lüneburg zur Marktrealität von Bürgerenergie-Projekten und den Auswirkungen der aktuellen EEG-Reform, die im Auftrag vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und dem Bündnis Bürgerenergie erstellt wurde. Von den vorgesehenen Änderungen sind laut der Studie Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgerwindparkbetreiber und Privatpersonen mehr als alle anderen Akteure der Energiewirtschaft negativ betroffen. Eine der Gefahren für das Engagement der Bürger bei der Energiewende sei die im EEG-Entwurf vorgesehene „Verpflichtende Direktvermarktung“. Die Bundesregierung wolle Erzeuger von erneuerbarem Strom dazu bringen, die Vermarktung ihres Stroms an den Vorgaben der Strombörse auszurichten. Dies mache Bürgerenergie-Akteure von hochspezialisierten Vermarktungsunternehmen abhängig. Heinrich Degenhart, Professor für Finanzierung und Finanzwirtschaft an der Leuphana Universität Lüneburg, erklärte: „Unsere Markterhebung zeigt, dass aufgrund der geringen Größe Bürgerenergie-Akteure für die Vermarktungsunternehmen nicht besonders attraktiv sind. Es ist daher zu erwarten, dass sie von den Vermarktern zuletzt und dazu mit den schlechtesten Konditionen bedient werden. Die Folge: Bürgerenergie wird es schwer haben, sich weiter auf dem Markt zu behaupten.“ Besonders bedrohlich für kleinere private Investoren sei laut Untersuchung auch die geplante Regelung, wonach ab 2017 nur noch Marktteilnehmer Erneuerbare-Energie-Anlagen errichten dürften, die per Ausschreibung den Zuschlag erhalten hätten. Dies könnte das endgültige Aus für die Bürgerenergie bedeuten, fürchtet Lars Holstenkamp von der Leuphana Universität. Bereits im vergangenen März hatte sich ein breites Bündnis aus Energiegenossenschaften mit ähnlichen Vorbehalten gegen die geplante EEG-Novelle gestellt (18364+wir berichteten).

(al)

BUND-Studie „Marktrealität von Bürgerenergie und mögliche Auswirkungen von regulatorischen Eingriffen in die Energiewende“ (PDF, 2 MB)

Stichwörter: Politik, Bund